

September

Marius Minas

Balancieren auf der ‚Brandmauer‘.

Wie eine Steuersenkung in Thüringen eine Demokratiedebatte auslöste.

Am 14. September 2023 wurde im Thüringischen Landtag das „[zweite] Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Bestimmung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer“¹ mit 46 zu 42 Stimmen verabschiedet und damit die Grunderwerbssteuer von 6,5% auf 5% gesenkt.² Dass dieses Ergebnis deutschlandweit für Empörung sorgte, lag weniger am Outcome als viel mehr am Prozess selbst. Entgegen der rot-rot-grünen Minderheitsregierung formierte sich in diesem, von den Christdemokraten eingeleiteten, Gesetzgebungsprozess eine Mehrheit aus Fraktionslosen und Abgeordneten der CDU, FDP sowie AfD.³

Die öffentliche Diskussion darüber verlief entlang zweier Linien: Auf der einen Seite versammelten sich jene, die vor allem das Verhalten der Unionsfraktion kritisierten, indem sie ihr vorwarfen – absichtlich oder nicht – mit der AfD kooperiert und somit die vielzitierte ‚Brandmauer‘ zum Einsturz gebracht zu haben. Mit der Brandmauer hätte die AfD, so die Idee, konsequent von effektiver gesetzgeberischer Macht ferngehalten werden sollen. Auf der anderen Seite wurde das Vorgehen der CDU damit verteidigt, dass diese lediglich ihr oppositionelles

Recht, Gesetzesvorhaben anzustoßen, genutzt hätte, um ihr parteieigenes Anliegen einzubringen.⁴

Eine Diskussion über Prinzipien der Demokratie

Abstrahiert man die öffentlich geführte, sachliche Debatte über diese Grunderwerbssteuersenkung, führen die Vertreter beider Seiten eigentlich eine Diskussion über normative Grundpfeiler der liberalen Demokratie und den Umgang mit ihren Opponenten (hier Anti-Demokraten⁵ genannt), sodass eine tiefergehende Einordnung der Argumente sowie Ereignisse und möglicher Auswirkungen dieser notwendig erscheint.

Die Kritiker argumentieren, dass jegliche Kooperation – auch in Form absehbaren gemeinsamen Stimmverhaltens – die AfD als politischen Akteur normalisiere und legitimiere. Sie führen an, dass eine „Annäherung [seitens der CDU] die AfD eher stärken bzw. zumindest nicht schwächen wird – und damit die Herausforderungen der Bildung von stabilen Koalitionen jenseits der AfD gerade in den ostdeutschen Bundesländern noch größer werden würden, als sie bereits jetzt schon sind.“^{6,7} Thüringens Fall sticht aus zweierlei Gründen hervor. Zum

1 Thüringer Landtag (2022): Gesetzentwurf der Fraktion der CDU. Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Bestimmung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer. Drucksache 7/6813.

2 Thüringer Landtag (2023): Parlamentarischer Ablauf 7/6813. Online unter: <https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/vorgaenge/89892/1> [30.10.2023].

3 An dieser Stelle sei angemerkt, dass dieser Gesetzgebungsprozess keinen Präzedenzfall darstellt, da in Thüringen bereits zuvor Mehrheiten im Parlament durch Stimmen der AfD herbeigeführt wurden (auch bei Rot-Rot-Grüne Initiativen). Siehe hierzu: Tagesschau (2023a): Thüringen: CDU-Antrag zur Grunderwerbssteuer mit Stimmen von AfD und FDP beschlossen. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=aJ5LDCmaw8s> [03.11.2023].

4 Siehe hierzu zusammenfassend: Tagesschau (2023b): CDU setzt mit AfD und FDP Steuersenkung durch. URL: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/thueringen-opposition-steuersenkung-100.html> [03.11.2023].

5 Bewusst wird in diesem Beitrag vom Autor der Extremismus-Begriff vermieden, da verallgemeinerbare Aussagen, über das Land Thüringen hinaus, getätigt werden und in Deutschland die Einstufung als extremistisch von Verfassungsschutzämtern erfolgt. Für die AfD in ihrer Gesamtheit ist dies zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht zu konstatieren. ‚Antidemokratisch‘ hingegen ist eine Kategorie, die unter dem Extremismusbegriff gefasst wird, in Deutschland aber nicht institutionell verankert und daher für diesen Beitrag als wissenschaftliche Einordnung, des hier betrachteten Untersuchungsgegenstandes, zielführend ist.

6 Debus, Marc (2023): Schwächt eine programmatische Annäherung der Unionsparteien an die AfD den Wahlerfolg der Rechtspopulisten? Eher nicht. Ein Beitrag von Marc Debus. URL: <https://www.dvpw.de/blog/schwaecht-eine-programmatische-annaeherung-der-unionsparteien-an-die-afd-den-wahlerfolg-der-rechtspopulisten-eher-nicht-ein-beitrag-von-marc-debus> [30.10.23].

7 Siehe auch: Krause, Werner; Denis Cohen und Tarik Abou-Chadi (2023): Does accommodation work? Mainstream party strategies and the success of radical right parties, in: Political Science Research and Methods 11, S. 172-179.

einen, weil der AfD-Landesverband vom Landesverfassungsschutz als ‚gesichert rechtsextrem‘ eingestuft wurde⁸, also antidemokratisches Verhalten konstatiert wird. Zum anderen durch die derzeitige Minderheitsregierung, da diese das Bilden oppositioneller Mehrheiten mit der AfD überhaupt erst ermöglicht. Mit Blick auf das aktuelle AfD-Hoch (in den Umfragen) könnten Minderheitsregierungen jedoch in Zukunft auch in weiteren Bundesländern gehäuft auftreten, da sich stabile Mehrheitskoalitionen aufgrund von Polarisierung und Fragmentierung des Parteiensystems nicht mehr so einfach wie bisher bilden lassen.⁹ Die Kooperationsbereitschaft der CDU soll daher, so die Kritiker, in Richtung der politischen Mitte weisen.

Gleichzeitig dürfen aber auch die anderen etablierten Parteien, allen voran die SPD, zur Kenntnis nehmen, dass weite Teile ihrer (früheren) Wählerschaft dem Thema Migration zusehends skeptisch gegenüberstehen. Angesichts dessen hat der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz vollkommen recht, wenn er auf das vom Bundeskanzler unterbreitete Angebot eines Deutschlandpakts zwischen Regierung und CDU eingeht. Konkret hat Merz eine Absprache zum Thema Migration vorgeschlagen. Das hätte Charme, denn die CDU muss über Migration sprechen, aber vor allem mit der SPD und nicht mit der AfD. Wir brauchen nicht mehr Polarisierung, sondern weniger.¹⁰

Das Mantra gefestigter Demokraten muss lauten, dass in keinem Fall mit Anti-Demokraten kooperiert wird. Die Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt konstatieren dazu: „Demokratien geraten unter Druck, wenn Mainstream-Parteien autoritäre Extremisten tolerieren, dulden oder schützen – wenn sie zu autoritären Ermöglichen

werden.“¹¹ Um das zu verhindern, sollen Demokraten vier normative Prinzipien befolgen: Erstens, Anti-Demokraten aus den eigenen Reihen verbannen. Zweitens, alle Verbindungen zu Anti-Demokraten kappen, auch hinter den Kulissen. Drittens, politische Gewalt und antidemokratisches Verhalten unmissverständlich verurteilen. Viertens, um Anti-Demokraten zu isolieren, auch mit rivalisierenden, prodemokratischen Parteien zusammenschließen, mitunter auf Kosten eigener politischer Ziele.¹² Im thüringischen Fall sind insbesondere Punkt zwei und vier zu betrachten: Zunächst gibt es in keine Hinweise darauf, dass es eine Zusammenarbeit in jeglicher Form bezüglich der Gesetzesinitiative gab.¹³ Neue Erkenntnisse, die auf eine Absprache hindeuten, würden demnach den Fortgang der Debatte grundlegend verändern. Levitskys und Ziblatts vierte Regel hingegen kann als eindeutig verletzt angesehen werden: Die CDU konnte sich in der Grunderwerbssteuerfrage auf keine Kooperation mit SPD, Grüne oder Linke einigen – eine ‚demokratische Allianz‘ blieb aus.

Vertreter der Gegenseite in der dargelegten Debatte argumentieren indes, dass diese normativen Grundfesten mit ernstzunehmenden Realpolitiken – an Pragmatismus orientiert – abzuwägen seien. Zunächst gilt es dabei festzuhalten, dass Kritik zur Höhe der Grunderwerbssteuer nur in den Wahlprogrammen zur Landtagswahl 2019 von CDU, FDP und AfD geäußert wurde. SPD und Grüne setzten sich mit der Steuer gar nicht auseinander, die Linkspartei sieht nur in speziellen Fällen eine Befreiung davon vor.¹⁴ Demnach hatte die CDU keine AfD-Position übernommen, sondern teilte schlicht die gleiche Meinung. Vor diesem Hintergrund konnte die CDU aber von der Zustimmung

8 (Siehe hierzu: MDR (2023): Thüringer AfD will Verfassungsschutz verklagen. URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/afd-klage-verfassungsschutz-bericht-extremistisch-100.html> [31.10.2023].

9 Koß, Michael (2023): Warum das Verhalten der CDU in Thüringen fatal war, in: Zeit Online, 18. September [Gastbeitrag]. URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-09/thueringen-minderheitsregierung-afd-cdu-brandmauer-demokratie/komplettansicht#comments> [30.10.23].

10 Ebd.

11 Levitsky, Steven und Daniel Ziblatt (2023): *Tyranny of the Minority. How to reverse an authoritarian turn and forge a democracy for all*. London: Penguin, S. 41. [freie Übersetzung des Autors].

12 Ebd. S. 42ff.

13 Einschränkung muss allerdings hingenommen werden, dass der Zugang zu Hinterzimmergesprächen per Definition exklusiver Natur ist und daher diese Prämisse nur angenommen werden kann.

14 Sie beschränkt sich dahingehend darauf, gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen, Genossenschaften sowie kommunale Wohnungsgesellschaften bei Fusionen von der Grunderwerbsteuer zu befreien.

der AfD zu einer Steuersenkung ausgehen. Dahingehend ist auch zu konstatieren, dass unter Parteianhängern aller Couleur eine eindeutige Mehrheit der Auffassung ist, dass die CDU/CSU keineswegs Anträge etwa zurückziehen sollte, wenn sich eine Zustimmung [...] der AfD andeutet. Eigene Ideale und Ideen sollten nicht nur deshalb aufgegeben werden, weil sie Applaus von einer Fraktion erhalten, von der die Unionsparteien womöglich keinen Beifall bekommen möchten.¹⁵

Hingegen stoßen Annäherung und Kooperation mit der AfD auf entschiedene Gegenstimmen in der Umfrage.¹⁶ An dieser Stelle kann darauf verwiesen werden, dass ein ähnlicher Antrag der AfD zur Grunderwerbssteuersenkung 2018 abgelehnt wurde – auch von der CDU-Fraktion, die Frage nach dem Initiator von Gesetzesinitiativen also eine entscheidende Rolle bei der Zustimmung für diese spielt.¹⁷

„Sich nicht von der AfD treiben zu lassen“, entpuppt sich für die Union als zweischneidiges Schwert: Einerseits soll sich Positionen der AfD nicht aktiv angenähert, geschweige denn ihnen zugestimmt werden, da dies primär die AfD durch inhaltliche Anerkennung stärke. Andererseits ertönt aber lautstarke Kritik, wenn CDU-Positionen ihre Unterstützung durch die AfD finden; deshalb auf Anträge zu verzichten, die absehbar eine Zustimmung durch die AfD erfahren, würde aber bedeuten, sich von der AfD treiben zu lassen. Die AfD könnte es sich dann zum (Macht-)Spiel machen, CDU-Positionen zuzustimmen. „Es ist den Menschen nicht zu vermitteln, dass CDU-Positionen in der Schublade bleiben, obwohl dafür Mehrheiten im Parlament

verfügbar sind“¹⁸, zumal wenn diese obendrauf auch in Bevölkerungsumfragen mehrheitlich vertreten werden, wie beispielsweise derzeit beim Thema Migration.¹⁹

Eine ‚Brandmauer‘, die auch das Vorgehen der CDU in diesem Fall unterbunden hätte, widerspräche zudem den Logiken des Parteienwettbewerbs, da die CDU sich in der Oppositionsrolle selbst entmachten würde. „Ihr fehlen die Wähler der Rechten, mit der [AfD] darf sie aber nicht kooperieren. Aus der Unionslogik würde sie selbst Opfer eines Anti-Unions Kartell. Die (richtige) Brandmauer hilft Rot/Grün/Gelb, deshalb wird sie in einer Wettbewerbsdemokratie keinen Bestand haben“, kommentiert der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel.²⁰ Dass die zuvor angesprochene ‚demokratische Allianz‘ nicht zustande kam und sich in dieser Folge das Mitte-Rechts-Bündnis aus der Wettbewerbslogik heraus ad-hoc bildete, ist daher nicht nur der CDU, sondern auch Rot-Rot-Grün anzukreiden.

Vom Bau einer Brandmauer

Wie also damit umgehen? Die CDU kann sich letztlich nur an selbstgesetzten Schranken wirklich messen lassen. Parteichef Merz setzte im ZDF-Sommerinterview die Hürde, dass es keine Zusammenarbeit mit der AfD in „gesetzgebenden Körperschaften“ geben darf. Die Frage ist jedoch, was genau unter ‚Zusammenarbeit‘ zu verstehen ist oder anders gefragt: Aus welcher Bausubstanz besteht die ‚Brandmauer‘? Der mittlerweile sprachgebräuchliche Begriff im politischen Diskurs Deutschlands verbleibt bisher ambivalent semantisch interpretierbar – diesen Zustand gilt es aufzulösen.

15 Wurthmann, Constantin L (2023): Kooperation oder Abgrenzung? Einstellungen zum oppositionellen Umgang der CDU/CSU mit der Linken und der AfD, in: ZParl 54 (1). S. 86.

16 Ebd.

17 Thüringer Landtag (2018): Gesetzentwurf der Fraktion der AfD. Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Bestimmung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer. Drucksache 6/6066.

18 Stecker, Christian (2023): Wer die AfD schrumpfen möchte, muss der CDU im Osten Luft zum Atmen lassen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. September. URL: <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/region-und-hessen/politologe-stecker-empfehl-anderen-umgang-der-cdu-mit-der-afd-im-osten-19192803.html> [30.10.23].

19 ARD Deutschlandtrend Oktober 2023: URL: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/oktober/> [03.11.2023].

20 Beitrag auf der Plattform X vom 15. September 2023 des Accounts @merkel_wolfgang. URL: https://twitter.com/merkel_wolfgang/status/1702699636702531875 [30.10.23].

21 ZDF (2023): ZDF-Sommerinterview mit Friedrich Merz. URL: <https://www.zdf.de/politik/berlin-direkt/berlin-direkt---sommerinterview-vom-23-juli-2023-100.html> [03.11.23].

Blickt man in andere Staaten, die Erfahrung mit antidemokratischen Kräften in Regierungspositionen gemacht haben²², darf der AfD, neben einer Regierungsübernahme, nicht einmal die Chance gegeben werden, (co-)initiativ in den Politikgestaltungsprozess einzugreifen. Tendenzen, die wie im europäischen Parlament auf eine parlamentarische Zusammenarbeit zwischen Konservativen und Rechtsaußen hindeuten, gilt es vor diesem Hintergrund partout zu vermeiden.²³ Das ‚Hochziehen der Brandmauer‘ gegen Anti-Demokraten, vor dem Hintergrund realpolitischer Umstände, kann wie folgt für alle demokratischen Parteien konkretisiert werden:

- 1) Keine Zustimmung zu Gesetzesvorlagen von Anti-Demokraten.
- 2) Keine Absprache bei der Vorbereitung von Gesetzesvorlagen mit Anti-Demokraten.
- 3) Keine institutionelle Abhängigkeit von Anti-Demokraten.

Punkt 3 geht über das Bilden einer Mehrheitskoalition hinaus; auch keine Minderheitsregierung darf mithilfe von Anti-Demokraten über die notwendige Mehrheit gehievt werden, da dies eine informelle, für die gesamte Legislatur geltende Abhängigkeit schafft, die nicht entstehen darf.²⁴

Der Schutz dieser ‚Brandmauer‘ vereint weitestgehend die angeführten normativen Demokratieprin-

zipien mit den abzuwägenden Realpolitiken und garantiert so, dass Gesetzestexte immer und nur die Handschrift demokratischer Parteien tragen – die Exekution antidemokratischen Gedankenguts seitens Regierungen kann damit ausgeschlossen werden. Ferner können demokratische Parteien – nicht nur die Christdemokraten – durch die parlamentarische Arbeit und darauf aufbauende, zielgerichtete politische Kommunikation, durch die das eigene Handeln betont wird, zeigen, dass sie selbst im staatsmännischen Sinne handlungsfähig agieren und ‚Alternativen‘ zu ihnen nicht notwendig sind.²⁵

Aufgrund realpolitischer Wettbewerbslogiken wurden Elemente der thematischen Annäherung an antidemokratische Parteien bewusst beim ‚Bau der Brandmauer‘ weggelassen. Abschließend sei dazu jedoch das Folgende gesagt: Antidemokratische Parteien können bisweilen die richtigen Fragen stellen. Die richtigen Antworten geben sie deshalb noch lange nicht. Gerade aus diesem Grund muss es parteipolitischen Wettbewerbern des demokratischen Spektrums gestattet sein, selektiv Themen aufzugreifen. Dabei müssen sie eine glaubhafte Linie vertreten können, die ihrem parteipolitischen Profil entspricht und dürfen antidemokratische Narrative nicht mitübernehmen, sondern sollten sich explizit davon abgrenzen, kurz gesagt: verfassungskonform bleiben.

22 Siehe hierzu Wolfgang Merkel im Interview mit dem RND (2023): Wenn Rechtsparteien nach der Macht greifen: Der erste Schlag gilt stets der Justiz. URL: <https://www.rnd.de/politik/rechtsparteien-an-der-macht-der-erste-schlag-gilt-stets-der-justiz-5YF3XHKZGFCN3DJGZRUEBA355M.html> [03.11.2023].

23 Siehe hierzu beispielsweise: Bautz, Christoph (2023): Die Brandmauer nach Rechtsaußen im Europaparlament fällt. Table.Media. URL: <https://table.media/europe/standpunkt/campact-brandmauer-nach-rechtsausen-im-europaparlament-fallt/>. [12.12.23].

24 Diese langfristige, informelle Abhängigkeit entsteht nicht bei einzelnen Gesetzen, wie der in diesem Beitrag besprochenen Grunderwerbssteuersenkung, da deren Schaffungsprozess nach der Abstimmung abgeschlossen ist.

25 Die AfD profitiert in ihrem Hoch 2023 auch stark von jenen Menschen, deren Sorgen in der Migrationspolitik nicht vom Rassismus bzw. Rechtsradikalismus, sondern bezüglich der Machbarkeit herrühren, ihre Sichtweise aber nur von der AfD repräsentiert sehen. „Die AfD hat 2023 also vom Pessimismus der Menschen profitiert.“ (Siehe hierzu: Bender, Justus (2023): Endzeitstimmung, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Nr. 49. Politik, S. 9). Dieser Umstand kann jedoch sowohl von Regierungs- als auch den anderen Oppositionsparteien abgemildert bis aufgelöst werden, indem diese Sorgen in deren politischen Agenden lösungsorientiert adressiert werden.